Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Mittwoch, den 21. Juli 1926 — Nummer 167

Arbeit für die jugendlichen Erwerbslosen

Der Mahnruf des ADGB und die arbeitende Jugend

A. M. Die Lage der arbeitenden Bevölkerung verschärft sich von Tag zu Tag. In den Industriebezirken nimmt die Erwerbslosigkeit auch unter den jugendlichen Arbeitern von Woche zu Woche zu. Allein in Berlin ist die Zahl der Erwerbslosen auf 227 000 angestiegen, darunter befinden sich 12 000 Jugendliche. Tausende von Jungarbeitern, die zu Ostern die Schule verließen, fanden im Produktionsprozeß keine Aufnahme. Nach den Ziffern der Berliner Berufsberatung kann die Zahl der bei den Berufsämtern gemeldeten Lehrstellen Suchenden in Berlin auf 7000 bemessen werden. Auch diese Zahlen sind noch irreführend, denn der größte Prozentsatz der jungen Arbeiter, die noch nicht in den Produktionsprozeß eingereiht waren, ist überhaupt nicht zu erfassen: Jugendliche unter 16 Jahren beziehen keine Erwerbslosenunterstützung und melden sich darum nicht auf den Nachweisen.

Die Höchstzahl der Erwerbslosen ist aber lange nicht erreicht. Das Unternehmertum geht dazu über, in allen Industriezweigen seine Ausbeutungsmethoden und Antreibersysteme durchzuführen, mit weniger und billigen Arbeitskräften den Produktionsprozeß weiterzuführen. Weitere Arbeitskräfte werden aus dem Produktionsprozeß entfernt und ins Erwerbslosenheer eingereiht. Selbst in den Kreisen der Schwerindustrie rechnet man mit einer Dauererwerbslosigkeit von mehreren Jahren.

Eine anhaltende Erwerbslosigkeit heißt verstärkte Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, von der besonders stark das Jungproletariat betroffen wird. Ohne, oder mit ganz geringer Entlohnung, auf Jahre der Arbeit entrissen, werden Jungarbeiter dem Elend und Verkommen preisgegeben.

Diese miserable Lage der arbeitenden Jugend nutzt das Unternehmertum zu weiteren Angriffen auf diese aus. Das Sprachrohr der Schwerindustrie, die großkapitalistische „Deutsche Bergwerkszeitung", unternimmt verstärkte Vorstöße zur Einführung **einer Arbeitsdienstpflicht.**

Die Regierung arbeitet an dem Abbau der minimalen Unterstützungssätze durch ein Lohnklassensystem, das eine Staffelung der Erwerbslosenbezüge darstellt. Wer im Betrieb die höchste Entlohnung bekam, soll nach dem Regierungsvorschlag die geringste Unterstützung bekommen.

Am stärksten werden von diesen Maßnahmen die Tausende von Jungausgelernten betroffen, die nach ihrer Lehrzeit vom Unternehmertum auf die Straße gesetzt werden.

In dieser Zeit der ständigen Verschlechterung der Lage der Jungproletarier kam der Bundesausschuß des ADGB am 9. und 10. Juli in Düsseldorf zusammen. Wer jedoch der Meinung war, daß diese Tagung Forderungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Lage des Jungproletariats treffen wird, der sollte enttäuscht werden.

Die Beschlüsse, die der Bundesausschuß zur Arbeitslosigkeit faßte, werden sich gegen die Erwerbslosen auswirken. In seiner Resolution begrüßte der Bundesausschuß das „Arbeitsbeschaffungsprogramm" der Regierung, das nur den Zweck hat, die Erwerbslosen vom Kampf abzuhalten und auf Lohnsenkung hinausgeht. Ebenso stellte sich der Bundesausschuß durch Forderung der Erwerbslosenversicherung an Stelle der Erwerbslosenfürsorge auf seiten der Regierung. Die breiten Massen sollen die Kosten für die Erwerbslosenunterstützung selbst aufbringen. Auf Grund dieser Versicherung wird man vielen Erwerbslosen die Unterstützung streichen, vielen anderen dieselbe kürzen. Die Staffelung der Erwerbslosenbezüge in Lohnklassen wurde vom Bundesausschuß befürwortet.

Von allen diesen Maßnahmen, Erwerbslosenversicherung, wie Staffelung der Bezüge, wird das Jungproletariat am schwersten betroffen.

Trotz aller Unternehmerangriffe, trotz drohender Arbeitsdienstpflicht und ständiger Verelendung des Jungproletariats keine politische Forderung, keine Kampfmaßnahme.

Die ganze Bundesausschußtagung stand ausgesprochen im Zeichen der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern gegen die Erwerbslosen und im Betrieb Tätigen. Das kam am stärksten in dem Mahnruf „An die deutsche Arbeiterjugend!", der anläßlich des zur selben Zeit stattfindenden Düsseldorfer ADGB-Jugendtages erlassen wurde, zum Ausdruck. Dieser Aufruf war das Dokument, das der Bundesausschuß zur Jugendfrage herausgab, aber auch hier keine einzige Forderung, keine Kampfmaßnahme. Im Gegenteil, mit Illusionen will man die junge Arbeiterschaft füttern.

„Die Alleinherrschaft der Unternehmer im Betrieb ist gebrochen.... Die Organisation der Arbeit, die in den Gewerkschaften entstanden ist, hat in jahrzehntelangen Angriffen dem übermächtigsten Gegner auf vielen Gebieten in die Defensive gedrängt."

So heißt es in dem Aufruf. Dieses gerade in einer Zeit, wo jeder Jungarbeiter die Angriffe des Kapitals am eigenen Leibe verspürt, in der Arbeitsdienstpflicht und andere Gefahren drohen. Weiter heißt es:

„Die Arbeit und ihre Vertreter, die Gewerkschaften, treten im neuen Reich der Wirtschaft mit dem Anspruch auf, gleichberechtigt an den Fragen der (kapitalistischen) Wirtschaftspolitik mitzuwirken. Der große Kampf um die Demokratisierung (!) der (kapitalistischen) Wirtschaft ist eingeleitet, aber noch keineswegs abgeschlossen."

Das ist der Geist der Mitarbeit am Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft, der Geist der Arbeitsgemeinschaft, aus dem die Maßnahmen gegen die arbeitende Jugend entstehen. Jeder junge Arbeiter weiß, daß das Unternehmertum heute mit den brutalsten Ausbeutungsmethoden arbeitet und daß das Jungproletariat besonders stark darunter zu leiden hat. Ist das etwa die „Demokratisierung", von der der Bundesausschuß spricht? Jeder junge Arbeiter wird selbst darauf antworten können. Aber es kommt noch besser:

„Geht allen, die dem großen Gedanken der gewerkschaftlichen Solidarität noch fremd sind, ein leuchtendes Vorbild kameradschaftlicher Treue und zielbewußter Kraft! Dann kann und muß mit euch, den Jungen, die ihr noch in der Blütezeit des Lebens steht, eine neue Epoche des Aufschwungs beginnen! Dann wird die Zeit anbrechen, in der ihr erntet auf dem Boden, den die alte Generation bereitet und unter besonnenen Pflege anvertraut hat: **jene echte Freiheit des Einzelnen, die allein durch die Interessen der Gemeinschaft durch das Wohl des Volkes begrenzt wird, jene echte Volksgemeinschaft, in der jeder Einzelne sich als dienendes Glied dem Ganzen einordnet."**

Kann es eine Volksgemeinschaft geben in einer Klassengesellschaft, wo die herrschende Klasse mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bestrebt ist, ihre Alleinherrschaft auszubauen und zu befestigen?

Wenn es je nötig war, daß alle Jung- und erwachsenen Arbeiter sich gegen die brutale Herrschaft der Unternehmer zusammenschließen, so ist es jetzt der Fall, wo das Großkapital seinen Angriff gegen alle Werktätigen richtet.

Volksgemeinschaft, mit ihr **begründet der „Stahlhelm"** in seiner letzten Nummer **die Einführung der Arbeitsdienstpflicht** für alle Jungarbeiter, und der ADGB erstrebt die „echte Volksgemeinschaft", anstatt den Kampf gegen Schwerindustrie und ihre Lakaien, die die Arbeitsdienstpflicht einführen wollen, aufzunehmen.

In derselben Linie wie der Aufruf des Bundesausschusses hielt der Gewerkschaftsführer Tarnow (Holzarbeiterverband) seinen Schwur, den er den jungen Arbeitern, die in Düsseldorf, wie auf den mitgeführten Transparenten zu lesen war, für die gemeinsamen Forderungen des Jungproletariats demonstrierten, abnahm. Er enthielt z. B. folgendes:

„Wir wollen, daß die arbeitende Klasse frei werde von wirtschaftlicher Ausbeutung; daß sie gleich werde allen anderen Gliedern der Gesellschaft!"

Was heißt „allen anderen Gliedern der Gesellschaft gleich werden"? Wenn sich die arbeitende Klasse von der wirtschaftlichen Ausbeutung befreien will, kann es keine anderen „Glieder der Gesellschaft mehr geben". Eine Befreiung der Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist unmöglich. Derartige Widersprüche sind nur möglich durch Illusionen, wie Volksgemeinschaft und Wirtschafts-Demokratie.

Auf diesen Bundesausschuß kann es für die arbeitende Jugend nur eine proletarische Antwort geben: Schulter an Schulter mit den erwachsenen Arbeitern muß die junge Arbeiterschaft darangehen, sämtliche Gewerkschaftsmitglieder, die gesamte junge Arbeiterschaft zur Gegenwehr von unten zu sammeln. Der Aufruf der KJVD „Arbeit den jugendlichen Erwerbslosen" weist der arbeitenden Jugend die Forderung und den Weg zur Verwirklichung.

Es gilt, auf Bezirkskonferenzen der Erwerbslosen im ganzen Reiche auch zu den Jugendfragen Stellung zu nehmen. Mit aller Energie muß im Reichsmaßstabe der Kongreß der Werktätigen organisiert werden, der die Kräfte der deutschen Gewerkschaftsbewegung zum Kampfe gegen die Unternehmeroffensive zusammenfassen wird.

Jungarbeiter! Der provisorische Erwerbslosenausschuß Sachsens ruft zur Kundgebung am 27. Juli auf. Jeder jugendliche Arbeiter muß sich daran beteiligen.

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen!

Seit Monaten besteht in Deutschland eine Massen-Arbeitslosigkeit. Allein die Zahl der unterstützten Arbeitslosen beträgt über zwei Millionen. Ebenso hoch ist die Zahl der Kurzarbeiter. Und schon prophezeit die Presse eine weitere Vergrößerung der Arbeitslosigkeit im Herbst dieses Jahres.

Für keine Schicht der Arbeiterklasse bringt diese Massen- und Dauererwerbslosigkeit so großen körperlichen und seelischen Schaden mit sich, wie für die halbe Million jugendlicher Erwerbsloser, die in der Blütezeit ihres Lebens monatelang untätig auf der Straße liegen müssen. Besonders, wenn sie soeben erst ihre Lehrzeit beendet haben und sofort auf die Straße gesetzt wurden, oder wenn sie aus der Schule entlassen, gleich in die Arbeitslosen-Armee einrücken.

Was kann zur Beseitigung dieses Zustandes getan werden?

Wir fordern Arbeit für alle Erwerbslosen. Sofortige Inangriffnahme umfangreicher Notstandsarbeit (Wohnungsbau, Verkehrswesen usw.) durch den Staat und die Gemeinden bei tarifmäßiger Bezahlung der Arbeit.

Wir fordern, daß die Berufsausbildung der Jugendlichen geregelt wird durch die Schaffung von Lehrwerkstätten in den Betrieben, die unter Kontrolle der Gewerkschaften stehen, in denen die Entlohnung der Lehrlinge tariflich erfolgt.

Diese Forderungen können aber nicht bewilligt werden von einer Monarchisten-Regierung Marx-Külz und Co., die nur danach trachtet, die geringen Unterstützungssätze noch weiter herabzuschrauben. Solche Forderungen können nur erfüllt werden, wenn die werktätigen Massen Deutschlands ihre eigene Regierung — die Arbeiter- und Bauernregierung — erkämpfen.

Nur unter diesen Bedingungen ist die schreckliche Last der Arbeitslosigkeit von den Schultern der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter genommen.

Um die Not der jugendlichen Erwerbslosen sofort zu mildern, schlägt der Kommunistische Jugendverband die Durchführung folgender Forderungen vor:

1. **Zahlung der Erwerbslosenunterstützung an alle erwerbslosen Jugendlichen, auch an die unter 18 bzw. 16 Jahren. Solange die Unterstützung der Jugendlichen unter 18 Jahren vom Staat nicht getragen wird, Beschaffung von Unterstützungen aus den Mitteln der Wohlfahrtspflege.**
2. **Die Erwerbslosen unter 21 Jahren erhalten die gleichen Bezüge wie die über 21 Jahre alten Unterstützungsempfänger. Sofortige Erhöhung der gegenwärtig geltenden Unterstützungssätze für Jugendliche auf den Mindestbetrag von 10 Mark.**
3. **Kampf gegen alle Regierungsmaßnahmen, die eine Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung vorsehen, insbesondere gegen die geplante Staffelung der Unterstützungssätze.**
4. **Ablehnung jeder Pflichtarbeit und Arbeitsdienstpflicht.**
5. **Verbot der sofortigen Entlassung der ausgelernten Lehrlinge. Der Lehrmeister ist verpflichtet, jeden ausgelernten Lehrling mindestens ½ Jahr bei tarifmäßiger Bezahlung als gelernter Arbeiter weiter zu beschäftigen.**
6. **Schaffung von Heimen für die erwerbslose Jugend. Wahl der Heimleiter durch die erwerbslose Jugend selbst. Versorgung dieser Heime mit Literatur und Unterhaltungsspielen. Kostenfreie Speisung der erwerbslosen Jugendlichen, freie Straßenbahn- oder Bahnfahrt vom und zum Arbeitsnachweis, unentgeltliche Benutzung der städtischen Badeanstalten.**

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der Kommunistische Jugendverband sagt euch auch, wie diese Forderungen durchgeführt werden können. Freiwillig wird die herrschende Klasse für die Durchführung dieser Forderungen auch nicht einen Pfennig bereitstellen. Sie muß zur Durchführung dieser Forderungen gezwungen werden. Nur wenn eine machtvolle Erwerbslosenbewegung, in deren Ausschüssen auch Vertreter der jugendlichen Erwerbslosen Sitz und Stimme haben; nur wenn diese durch Demonstrationen, Kundgebungen und Delegationen die Gemeinde- und Staatsparlamente unter Druck setzen, wenn zwischen den Arbeitern im Betrieb und den Arbeitslosen ein festes Bündnis geschlossen wird; nur dann können diese Forderungen durchgeführt werden. **Darum heraus zum Kampf für die Forderungen der erwerbslosen Jungarbeiter.**

Schließt auch überall zusammen, bereitet Schulter an Schulter mit den erwachsenen Arbeitern in den Bezirken Erwerbslosenkongresse vor! Organisiert den Kongreß der Werktätigen!

Berlin, den 15. Juli 1926.

Zentral-Komitee des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands